

## Eliten und Vertrauenskrise

Thomas Becker und Wolfgang Tiefensee

Veranstaltung Brüssel 11.10.2017



MANAGERKREIS  
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG  
Brüssel

Journalist und Medienrechtsanwalt Thomas Becker zeichnete ein besorgniserregendes Bild des zunehmenden Vertrauensverlustes der Deutschen in Medien, Politik, Justiz und Wirtschaft und die dort agierenden Eliten. „Lügenpresse“, „korrupte Wirtschaft“, „abgehobene Politiker“, ein ungerechter Staat, der Falschparker härter bestraft als Steuerbetrüger – all das findet sich unter dem Stichwort „Kampf dem Establishment“. Im Verbund mit der Digitalisierung und der damit einhergehenden Anonymität einerseits und dem einfachen Online-Zugang andererseits nehmen Quantität, Qualität und Sichtbarkeit der Beschimpfungen von Politikern und das Bedrohungsverhalten gegenüber allen, die den Staat repräsentieren bedenkliche Ausmaße an – so Becker.



Die digitalen Foren sind dabei nicht notwendigerweise ursächlich, die dort geäußerte Unzufriedenheit besteht unabhängig von ihnen. Doch die ungefilterte Verbreitung der jeweiligen Inhalte und die schiere Reichweite der digitalen Medien haben den gesellschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren massiv verändert. In der Vergangenheit stellten Radio, TV oder Tageszeitung in der Vergangenheit die Hauptinformationsquelle dar, diese prüfen auch heute den Wahrheitsgehalt der von ihnen weitergegebenen

Informationen und achten auf eine ausgewogene Darstellung der Sachverhalte. Heute hingegen kursieren zusätzlich Meinungen, Ansichten und subjektive Wahrnehmungen gleichermaßen und gleichberechtigt mit Fakten in den sozialen Medien, was es für Nutzer schwer macht, Fakt und Fiktion voneinander zu trennen.

Die traditionellen Medien mit ihrem „bad news are good news“-Mantra, haben sicher selbst ihren Teil dazu beigetragen, den Nimbus der Objektivität zu verlieren. Und um gegenüber Twitter und Facebook konkurrenzfähig zu bleiben, müssen auch sie heute vor allem schnell sein und Quote machen. Damit werden sie fehleranfällig und angreifbar.

Die Idee der „constructive news“, also eben eine Berichterstattung jenseits von Katastrophen und Problemen, mit Fokus beispielsweise auf eine gut funktionierende Fabrik oder ein innovatives Projekt, verdient stärkere Beachtung und könnte ein interessanter Lösungsansatz sein, um Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Doch nicht nur die Medien haben mit dem Phänomen des Vertrauensverlusts zu kämpfen. Auch in der Politik ist dies schon seit Jahren ein großes Problem. Der thüringische Wirtschaftsminister und Bundesminister a.D. Wolfgang Tiefensee teilte den Eindruck, dass immer weniger Menschen der Politik vertrauen. So habe der aktuelle Bundestagswahlkampf gezeigt, dass die SPD zwar die richtigen Themen anspreche, die Menschen ihr aber nicht (mehr) glauben, dass sie in der Lage ist die richtigen Lösungen zu finden bzw. umzusetzen. Dieser Verlust an Glaubwürdigkeit ist ein großes Problem, auf das es bisher keine guten Antworten gibt.

Tiefensee entwickelte dazu einige konkrete Ideen. Es ginge darum, den Menschen wieder mehr Möglichkeiten zur Beteiligung zu geben und mehr Gelegenheiten, bei denen ihnen die Politik zuhören kann. Davon ausgehend müsse die Politik selbst gemäß dem Motto des Alt-Bundespräsidenten Johannes Rau (Sage, was du tust und tue, was du sagst) von bloßen Ankündigungen zur realen Umsetzung kommen. In der Realität des Bundestages ließen Koalitionsverträge und Fraktionszwang dem einzelnen Abgeordneten jedoch wenig Spielraum dazu. Er

verwies auf die hohe Qualität der Bundestagsdebatten in den Fällen, bei denen es um Namensentscheidungen ginge. Gäbe es alleine davon mehr, können Abgeordnete ihren Bürgern vor Ort wesentlich konkreter darstellen, für was sie politische kämpfen. Begrenze man Koalitionsverträge auf einige zentrale Eckpunkte, für die der regierungsstützende Fraktionszwang notwendig würde, alle anderen Fragen aber freie Gewissensentscheidungen blieben, könnten die Parteien wesentlich besser ihrem grundgesetzlichen Auftrag, der Beteiligung an der politischen Willensbildung, nachkommen.

In der weiteren Debatte wurden von den Teilnehmenden eine kulturelle Teilung Deutschlands in Stadt/Land aber auch in Globalisierungsgewinner und -verlierer konstatiert. Diese Spaltung führt zu gänzlich unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten. Das gegenseitige Unverständnis wird noch verstärkt durch den Mangel an gesellschaftlichen Mechanismen oder Strukturen, die es ermöglichen, die Lebensrealität der jeweils anderen Hälfte erfahrbar zu machen. Das oftmals bemühte „Abholen“ oder „Mitnehmen“ ist ein Scheinkonzept, das bei den Angesprochenen offenbar nicht auf Interesse trifft. Wolfgang Tiefensee entwickelte das Bild vom „zutruenden Staat“, der die Menschen in die Lage versetzt, aus ihren Möglichkeiten jeweils das Beste machen zu können, statt als „versorgender“ oder „bevormundender“ Staat zu agieren.

Autor\_innen: Sandra Parthie, Vorstand Managerkreis Brüssel; Stephan Thalhofer, FES EU-Büro Brüssel  
Herausgeber: Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung Hiroshimastr. 17 10785 Berlin  
Ansprechpartner: Dr. Marc Meinardus Weitere Informationen [www.managerkreis.de](http://www.managerkreis.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

